

**Kreis Bergstraße
Der Kreisausschuss**

Kreis Bergstraße, Der Kreisausschuss, 64629 Heppenheim, Postfach 1107

Bundesminister der Finanzen
Herrn Wolfgang Schäuble
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Hessischer Minister der Finanzen
Herrn Karlheinz Weimar
Georg-August-Zinn-Straße 1
65183 Wiesbaden

Frau
Christine Lambrecht MdB
August-Bebel-Straße 39
68519 Viernheim

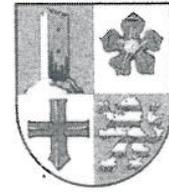
Herrn
Dr. Michael Meister MdB
Grüne Straße 3
64625 Bensheim

Herrn
Alexander Bauer MdL
In der Sommerwiese 13
68642 Bürstadt

Herrn
Peter Stephan MdL
Ofenbergstraße 21
69509 Mörlenbach

Herrn
Frank Sürmann MdL
Im Schrack 1
69509 Mörlenbach

Herrn
Norbert Schmitt MdL
Karl-Marx-Straße 5
64646 Heppenheim



Gräffstraße 5
64646 Heppenheim
Telefonzentrale: 0 62 52 / 15 - 0
www.kreis-bergstrasse.de

Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Sachbearbeitung: Herr Fasser

Dienstanschrift:

Gräffstraße 5, Zimmer 13
Durchwahl: 0 62 52 / 15 – 5317
Telefax: 0 62 52 / 15 – 5572
e-mail: helmut.fasser@kreis-bergstrasse.de
und kreistagsbuero@kreis-bergstrasse.de

Sprechtage:

Montag bis Mittwoch
von 8.00 -12.00 Uhr und von 14.00 -15.30 Uhr
Donnerstag
von 8.00 -12.00 Uhr und von 14.00 -18:00 Uhr
Freitag von 8.00 - 11.30 Uhr



Datum: 28. Dezember 2009

Unser Zeichen: L-1/1-fa

Betrifft: **Resolution des Landkreises sowie der Städte und Gemeinden zur Situation der kommunalen Haushalte in Hessen**

Sehr geehrter Herr Minister Schäuble,
sehr geehrter Herr Minister Weimar,
sehr geehrte Damen und Herren Bundes-
und Landtagsabgeordnete.

der Kreistag des Kreises Bergstraße sowie die Städte und Gemeinden haben nachfolgende Resolution zur Situation der kommunalen Haushalte in Hessen beschlossen, um deren Kenntnisnahme und Berücksichtigung wir Sie bitten:

Gemeinsame Position zur Haushaltssituation der Städte, Gemeinden und Landkreise

In großer Sorge um die Haushaltsentwicklung der Städte, Gemeinden und des Landkreises stellen die Kreisversammlung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes und der Kreis Bergstraße fest:

(1) Wir handeln mittels Aufgabenkritik

Wir überprüfen weiterhin für den Bürger nachvollziehbar unsere Ausgaben und sparen ein. Jede Stadt, Gemeinde und der Landkreis.

Wir überprüfen weiterhin unsere Aufgaben für den Bürger nachvollziehbar mit folgenden Zielen:

- Effizienzsteigerung
- Kostenreduzierung
- Bürgernähe und Subsidiarität

Wir sind weiterhin offen

- für Kooperation
- für Aufgabenübernahme und –abgabe
- für gemeinsame Zweckverbände.

Bund und Land sind aufgefordert eigene Einsparpotenziale zu nutzen.

(2) Wir möchten Freiheit für eigenes Handeln

Auch nach einer Aufgabenkritik werden zu hohe Ausgaben zu geringen Einnahmen gegenüberstehen. Um die hohe Lebensqualität bei Bürgerservice, bei Bildung und Betreuung und beim Erhalt der geschaffenen Infrastruktur in unseren Städten und Gemeinden zu erhalten, sehen wir die Chance auch mehr Einnahmen von den Bürgern zu erhalten. Voraussetzung: Die Mehreinnahmen verbleiben am Wohn- und Lebensort der Bürger.

Wir sind nach Konsultation und Information der Bürger bereit zur Erhöhung von Hebesätzen. Bedingung hierfür ist eine Garantieerklärung der hessischen Landesregierung, dass die Anrechnungssätze in der aktuellen Legislaturperiode nicht erhöht werden.

Alternativ bieten wir die Aufgabenübernahme einer erneuten Hauptfeststellung der Einheitswerte als Grundlage zur Berechnung der Grundsteuermessbeträge in unserem jeweiligen Zuständigkeitsbereich an.

(3) Kommunale Zusammenarbeit intensivieren

Die kommunale Familie muss enger zusammenrücken, um Aufgaben gemeinsam besser und kostengünstiger erfüllen zu können. Das im Kreis Bergstraße begonnene „Projekt 23“ wollen wir fortsetzen, um Felder der praktischen Zusammenarbeit zu erschließen, wie beispielsweise im Einkauf.

(4) Schere zwischen sinkenden Einnahmen und zunehmender Aufgaben- und Ausgabenbelastung schließen

Die finanzielle Ausstattung der kommunalen Familie durch Bund und Land ist in eine prekäre Schieflage geraten. Elementare Ursache des ständig steigenden Defizits in den kommunalen Haushalten ist die Verlagerung von Aufgaben des Bundes und des Landes auf die Ebene der Städte, Gemeinden und Kreise und ein gleichzeitiger Rückzug von Bund und Land aus der Finanzierungsverantwortung. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Das Konnexitätsprinzip ist verbindlich umzusetzen.

(5) Standards senken und Kommunen Freiraum geben

Zur Entlastung der kommunalen Ausgaben müssen Bund und Land bestehende Vorgaben und Standards kritisch hinterfragen und - wo es möglich ist - zurückfahren. Hierbei wird das Land die einhellige Unterstützung der Kommunen und Kreise erfahren. Den Kommunen sind dabei Gestaltungsräume zurückzugeben.

(6) Verwaltungsstrukturen erneuern

Die Verwaltungsstrukturen in Hessen sind reformbedürftig. Es gilt, komplizierte Strukturen und Vorgaben zu vereinfachen sowie Verwaltungsabläufe zu entbürokratisieren und dadurch Einsparungen zu ermöglichen. Die Zuständigkeit für eine Aufgabe ist grundsätzlich auf zwei Verwaltungsebenen zu beschränken. Die Zuständigkeitsverteilung zwischen Land (Ministerien, Regierungspräsidien, Sonderbehörden) sowie Landkreisen und Städten und Gemeinden ist in diesem Sinne kritisch zu überprüfen und zu verändern.

(7) Angemessene Finanzausstattung im Kommunalen Finanzausgleich sichern

Der Kommunale Finanzausgleich in Hessen muss umfassend reformiert werden. Ziel eines Reformkonzepts der Landesregierung sollte eine faire Partnerschaft zwischen Land und Kommunen sein, die die Aufgabenvielfalt der Städte, Gemeinden und Kreise ausreichend berücksichtigt und in Erfüllung des Verfassungsauftrags auch zukünftig die Leistungsfähigkeit finanzschwacher Gemeinden und Landkreise sichert.

(8) Konjunkturunabhängige Finanzierung der kommunalen Aufgaben stärken

Die hessischen Landkreise brauchen eine eigene konjunkturunabhängige Finanzierungsquelle mit der Beteiligung an der Umsatzsteuer. Während die Einnahmen der Kommunen in der Konjunkturphase deutlich sinken, steigen die Ausgaben ebenso deutlich. Diese Schere muss durch die Stärkung konjunkturunabhängiger Finanzierung kommunaler Aufgaben geschlossen werden.

Wir bitten Sie im Interesse der Erhaltung der kommunalen Selbstverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland, das Anliegen der Resolution zu unterstützen.

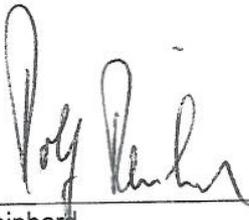
Mit freundlichen Grüßen



Matthias Wilkes
Landrat des Kreises Bergstraße



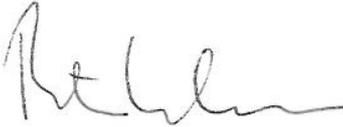
Klaus Jäger
Bürgermeister
Vorsitzender der Kreisversammlung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes



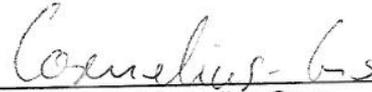
Rolf Reinhard
Bürgermeister Gemeinde Abtsteinach



Matthias Wilkes
Landrat Kreis Bergstraße



Thorsten Herrmann
Bürgermeister Stadt Bensheim



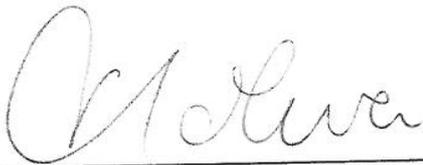
Dr. Hildegard Cornelius-Gaus
Bürgermeisterin Gemeinde Biblis



Helmut Morr
Bürgermeister Gemeinde Birkenau



Alfons Haag
Bürgermeister Stadt Bürstadt



Philipp Bohrer
Bürgermeister Gemeinde Einhausen



Volker Oehlenschläger
Bürgermeister Gemeinde Fürth



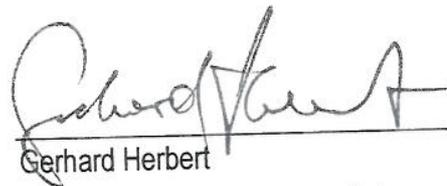
Uwe Spitzer
Bürgermeister Gemeinde Gornheimertal



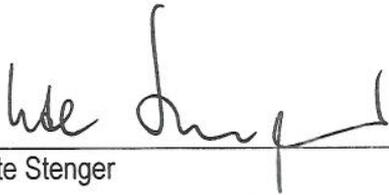
Markus Röth
Bürgermeister Gemeinde Grasellenbach



Rainer Bersch
Bürgermeister Gemeinde Groß-Rohrheim



Gerhard Herbert
Bürgermeister Stadt Heppenheim



Ute Stenger
Bürgermeisterin Stadt Hirschhorn



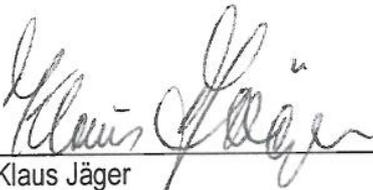
Erich Maier
Bürgermeister Stadt Lampertheim



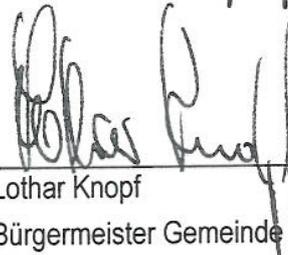
Jürgen Kaltwasser
Bürgermeister Gemeinde Lautertal



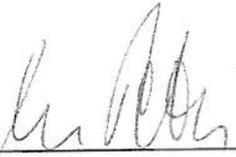
Oliver Hoepfner
Bürgermeister Stadt Lindenfels



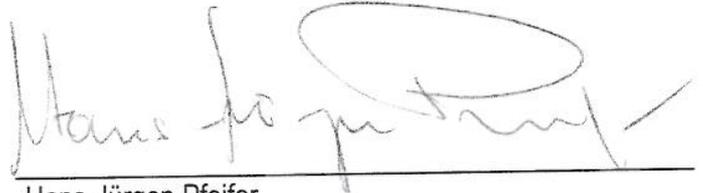
Klaus Jäger
Bürgermeister Stadt Lorsch



Lothar Knopf
Bürgermeister Gemeinde Mörlenbach



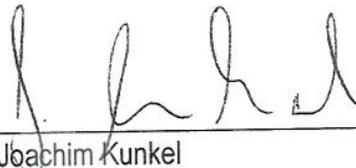
Eberhard Petri
Bürgermeister Stadt Neckarsteinach



Hans-Jürgen Pfeifer
Bürgermeister Gemeinde Rimbach



Matthias Baaß
Bürgermeister Stadt Viernheim



Joachim Kunkel
Bürgermeister Gemeinde Wald-Michelbach



Dr. Holger Habich
Bürgermeister Stadt Zwingenberg